

Andreas Koch  
Drosselstr. 5  
45665 Recklinghausen

Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW  
z. Hd. Frau Ministerin  
Barbara Sommer  
Völklinger Straße 49  
40221 Düsseldorf

Recklinghausen, 06.03.2009

### **Schulpolitik bleibt hinter den Bedürfnissen zurück**

Sehr geehrte Frau Ministerin Barbara Sommer,

heute wende ich mich mit der dringenden Bitte an Sie, den Weg für ein vom Bund gesteuertes Bildungssystem zu unterstützen. Wir benötigen eine zentral angeleitete Schulpolitik mit klaren Konzepten. Die Schulpolitik darf nicht länger an Einzelinteressen einiger Lobbyisten in den Kommunen und einzelner Bundesländern ausgerichtet sein. Sie muss m. E. Sache des Bundes werden.

Auch unsere Kinder durchliefen ein Schulbildungssystem in NRW, das schon zu SPD-Zeiten nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen ausgerichtet war. Eine Erneuerung wurde ständig behindert, ja sogar regelrecht sabotiert. Erst mit dem Konzept einer Ganztagsbetreuung öffnete sich die Schulpolitik, bleibt jedoch nach wie vor hinter den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Kinder zurück. Das Recht auf Bildung, das in politischen Sonntagsreden immer so hoch gehalten wird, muss mehr an Bedeutung gewinnen.

Ich hatte durch die Berichte unserer Kinder immer den Eindruck, dass es keine abgestimmten Bildungskonzepte für den Schulunterricht in NRW gab bzw. gibt. Die Lehrerinnen und Lehrer schienen das zu unterrichten, was sie persönlich für richtig hielten. Hier scheint es an einem einheitlichen wissenschaftlich fundierten Lehrprogramm für die Schulen in unserer Bundesrepublik zu mangeln. Am Unterrichtsfach Sport, dessen Bedeutung man für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen nicht unterschätzen sollte, wurde/wird dies am deutlichsten. Nun beklagen beispielsweise die Polizei, die Feuerwehr und die Bundeswehr, dass die meisten jugendlichen Bewerber und Rekruten nicht einmal die einfachsten Bewegungsabläufe und Übungen beherrschen.

In Thüringen, wo meine Nichte zur Schule geht, scheint es jedoch vernünftige Konzepte zu geben. Vielleicht sind dort gute Ansätze vom früheren Bildungssystem noch erhalten geblieben. Auch die „Auslese“ für das Gymnasium halte ich in NRW für zu früh angesetzt.

Langsam müssen auch die Politiker in NRW aufwachen. Die Eltern im Kreis Recklinghausen melden beispielsweise Ihre Kinder reihenweise für Gesamtschulen mit Ganztagsbetreuung an. Ihren Wünschen kann i. d. R. jedoch wegen fehlender Kapazitäten nicht entsprochen werden. Sie werden auf andere Schulen verwiesen.

Die Leiterin der Martin-Luther-King Gesamtschule in Marl, Frau Parras, beschreibt das, was jetzt im Kreis Recklinghausen passiert, richtigerweise mit einer Abstimmung mit den Füßen. Solch einen Zustand, den ich aus der Wendezeit in der ehemaligen DDR kenne, halte ich für ein schrillendes Alarmzeichen für alle Bildungspolitiker. Und dies nicht nur in NRW.

Auch ich halte beispielsweise das ausbaufähige Ganztagskonzept in NRW, für das Sie sich eingesetzt haben, für richtig und werde mich bezüglich meiner grundsätzlichen Gedanken zur Schulpolitik auch an die Bundeskanzlerin und die Bundesbildungsministerin wenden. Denn nicht nur bei mir erweckt sich der Eindruck, dass die meisten Parlamentarier in Wolkenkuckucksheimen leben und in Wirklichkeit die tatsächlichen Bedürfnisse unsere Kinder gar nicht erkennen. Dabei sollten und müssen unsere Kinder das Herzstück unserer Gesellschaft sein. Sie sind unsere Zukunft!

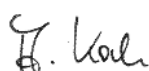
Auch viele unserer Parlamentarier klagen über Fehlentwicklungen, die sich u. a. in einer zunehmenden Aggressivität der Kinder und Jugendlichen ausdrücken. Der erreichte Zustand darf nicht mehr länger hingenommen werden. Die Parlamentarier müssen endlich handeln. Sie dürfen nicht länger glauben, dass sie mit diesen Fehlentwicklungen nichts tun haben. Sie haben es! Denn sie sind mit ihrer verfehlten Bildungs- und Gesamtpolitik Mitverursacher unhaltbarer Zustände in unserer eigentlich schönen Bundesrepublik geworden.

Ich möchte an dieser Stelle noch kurz auf einige Vorzüge des Bildungssystems in der ehemaligen DDR eingehen, die es ohne Zweifel trotz berechtigter Kritik gab. Nur die einseitige Ausrichtung auf die Politik der herrschenden SED war falsch. Dies führte u. a. sogar dazu, dass nach meinem Ausscheiden aus der 10. Klasse, die ich mit dem Prädikat „Mit Auszeichnung“ bestand, ein Fach „Wehrerziehung“ eingeführt wurde. Solche Dinge können wir tatsächlich auch im vereinten Deutschland nicht gebrauchen. Kostenlose Förderstunden für Schülerinnen und Schüler, denen das Lernen nicht so leicht fällt, schon. Niemand musste in der ehemaligen DDR für seine Kinder in die private Tasche greifen. Die Lehrer gaben die Nachhilfestunden eingebunden in ein Konzept, zu dem auch die Organisation von Lernpatenschaften von lernstarken und lernschwachen Schülerinnen und Schülern gehörte.

Ich selbst habe aufgrund meiner Begabung schon ab dem ersten Schuljahr Mitschülerinnen und Mitschülern geholfen, ihre Leistungen zu verbessern und das Klassenziel zu erreichen. Und das, ohne nur einen Pfennig dafür zu verlangen. Solch ein Gewinnstreben missfiel und missfällt mir, denn dann ist es keine richtige Hilfe mehr. Die freiwillige Patenschaftsarbeit habe ich bis zum Abschluss der 10. Klasse geleistet und dies gern. Ich geschafft es sogar, dass einer meiner Schulkameraden, so nannte man das in der DDR, seine Mathematikprüfung erfolgreich bestehen konnte, obwohl er zuvor seine schriftliche Prüfung mit der Note 5 (schlechteste Note in der DDR) regelrecht verhauen hatte. So muss es in der Schulpolitik laufen und diese nicht am Profitstreben und Interessen kleiner Gruppen orientiert sein.

Über Ihre persönliche Meinung zu den von mir vorgetragenen Punkten würde ich mich sehr freuen.

Hochachtungsvoll



Andreas Koch



Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, 40190 Düsseldorf

17. Juni 2009

Seite 1 von 9

Herrn  
Andreas Koch  
Drosselstr. 5

45665 Recklinghausen

Aktenzeichen:

133.5.03.03.02-76448/09 bei  
Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:

Herr Harpering

Telefon 0211 5867-3436

Telefax 0211 5867-3588

holger.harpering@msw.nrw.de

## **Ihr Schreiben an Frau Ministerin Sommer vom 06. März 2009**

Sehr geehrter Herr Koch,

Frau Ministerin Sommer bedankt sich für Ihr Schreiben und hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Zunächst einmal möchte ich Sie bitten, die lange Wartezeit zu entschuldigen. Die Erklärung dafür liegt darin begründet, dass hier täglich zahllose Briefe von Bürgerinnen und Bürgern eingehen, die sich mit unterschiedlichsten Anliegen an unser Haus wenden.

Natürlich versuchen wir, diese Briefe so rasch wie eben möglich und so ausführlich wie nötig zu beantworten. Um hier ungleiche Behandlungen so gut es geht zu vermeiden, gehen wir dabei nach der Reihenfolge des Eingangs und nach Dringlichkeit des Einzelfalles vor.

Dass eine zügige Bearbeitung angesichts der Vielzahl von Anliegen, die täglich an Frau Ministerin Sommer persönlich oder an das Schulministerium herangetragen werden, oftmals - wie leider auch in Ihrem Fall - nicht immer so gelingt, wie wir selbst uns das wünschen, dafür bitte ich um Ihr Verständnis.

Anschrift:

Völklinger Straße 49 40221  
Düsseldorf Telefon 0211  
5867-40 Telefax 0211  
5867-3220  
poststelle@msw.nrw.de  
www.schulministerium.nrw.de

öffentliche Verkehrsmittel: S-  
Bahnen S 8, S 11, S 28  
(Völklinger Straße)  
Rheinbahn Linien 704, 709  
(Georg-Schulhoff-Platz)

Zunächst eine paar grundsätzliche Anmerkungen zu Ihrer Bitte an Frau Ministerin Sommer, sie möge sich für ein vom Bund gesteuertes Bildungssystem einsetzen.

In Artikel 20 des Grundgesetzes wird die Bundesrepublik ausdrücklich als Bundesstaat festgelegt. Die Unabänderlichkeit wird in Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz erklärt, nach dem auch keine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit des Bundestages und des Bundesrates die föderale Struktur und Organisation der Bundesrepublik aufheben darf.

Sie betonen in Ihrem Schreiben die Vorteile zentralistischer Organisationsstrukturen und verweisen dabei auf Ihre persönlichen, durchaus positiven Erfahrungen im zentralistisch organisierten Schulsystem der ehemaligen DDR.

Sowohl föderalistische als auch zentralistische Strukturen haben Vor- und Nachteile. Der Föderalismus der Bundesrepublik ist über lange Zeit gewachsen und nicht lediglich einer „Laune“ der Väter und Mütter des Grundgesetzes entsprungen. Der Kulturföderalismus ist vielmehr das Ergebnis eines jahrhundertelangen Entwicklungsprozesses, der den deutschen Gliedstaaten die Gestaltungshoheit in Kultur und Schule zuweist.

Die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus haben diesen Grundsatz nicht aufgehoben, sondern nur vorübergehend unterbrochen. Dass das Grundgesetz 1949 wieder an den Föderalismus anknüpfte, hat vor allem mit dem Wunsch zu tun, aufgrund unserer spezifisch deutschen Erfahrungen einer neuerlichen Entstehung eines uniformierten Zentralstaates und einer totalitären Kulturpolitik vorzubeugen.

Artikel 30 des Grundgesetzes betont die Eigenstaatlichkeit der Länder. Kern ihrer Eigenstaatlichkeit ist insbesondere die Schulhoheit. Auch in diesem Bereich bedeutet Föderalismus Wettbewerb und Ringen um die besten Lösungen sowie das Verhindern von Extrem Lösungen.

Für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz vorschreibt, sind bundesweite Abstimmungsprozesse unentbehrlich. Im Bereich der Schul- und Bildungspolitik übernimmt die Kultusministerkonferenz (KMK) diese Aufgabe. Kritiker machen ihr zwar häufig den Vorwurf der mangelnden Effizienz und Schwerfälligkeit. Die internationalen Vergleichs- und Schulleistungsstudien der vergangenen Jahre haben hier jedoch geradezu wie eine „Verjüngungskur“ gewirkt. Bereits im Dezember 2001 verabschiedete die Kultusministerkonferenz einen Katalog an Maßnahmen als erste Konsequenz aus den PISA-Studien.

Dazu gehören - um nur einige Beispiele zu nennen - die Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich, eine wirksame individuelle Förderung insbesondere der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, eine Weiterentwicklung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards, eine Verbesserung der diagnostischen und methodischen Kompetenz der Lehrer sowie ein Ausbau von Ganztagsangeboten.

Alle diese Maßnahmen wurden auch in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren erfolgreich umgesetzt. Exemplarisch möchte ich in diesem Zusammenhang auf die von Ihnen erwähnte Ganztagsbetreuung eingehen. Deren weiterer Ausbau ist eines der wichtigsten Ziele der Landesregierung, die Ganztagsangebote in engem Zusammenhang mit einer guten individuellen Förderung betrachtet.

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, Nordrhein-Westfalen durch eine neue Schul-, Hochschul- und Innovationspolitik "aus dem Mittelmaß an die Spitze" zu führen.

Ziel der damit verbundenen grundlegenden Schulreformen soll eine Schule sein, die verlässlich ist und Vertrauen schafft - bei den Schülerinnen und Schülern, bei den Eltern und nicht zuletzt bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Die Landesregierung will eine Schule mit klarer Wertorientierung und ohne Beliebigkeit. Sie möchte eine Schule, in der Bildung, Erziehung und Unterricht mehr Wertschätzung erfahren - eine Schule, die das Wohl der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt.

Bei dieser Ausgangslage ist es ein besonderes Anliegen von Frau Ministerin Sommer, alle Kinder und Jugendlichen nach ihren jeweiligen Fähigkeiten, Neigungen und Leistungen bestmöglich zu fördern. Die Wege dazu sind unterschiedlich. Entscheidend ist, dass benachteiligte und lernschwächere Kinder und Jugendliche im Rahmen des vielfältigen Bildungsangebotes in Nordrhein-Westfalen genauso Unterstützung und Förderung erhalten wie durchschnittlich begabte und hochbegabte junge Menschen. Jedes Kind ist anders. Deshalb soll die individuelle Förderung, die sich an den Stärken der Kinder orientiert, verbessert werden. Das gilt unabhängig von der Schulform, die die Eltern für ihr Kind ausgewählt haben.

Ganztagsangebote spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Sie ermöglichen beispielsweise eine professionelle Förderung über den Mittag hinaus. Das bringt eine größere Chancengleichheit gerade für diejenigen Kinder, die sonst leicht durch die Maschen fallen - ein Punkt, den auch Sie in Ihrem Schreiben ansprechen.

Kinder haben im Ganzttag verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, in ihren Lehrerinnen und Lehrern, in sozialpädagogischen Fachkräften und in vielen anderen Menschen, die sich im Ganzttag für das Wohl der Kinder und Jugendlichen engagieren.

Dabei bieten Ganzttagsschulen und Ganztagsangebote weit mehr als nur Unterricht. Zu einem guten Ganzttag gehören ergänzende Lernangebote und Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Freizeitangebote, Bewegung, Spiel und Sport sowie kulturelle Angebote.

Waren es bislang vor allem Grund- und Hauptschulen, die von Ganztagsangeboten profitierten, so wird mittlerweile auch der Ausbau des Ganztags an Gymnasien und Realschulen vorangetrieben.

Dabei ist die Landesregierung bereit, ganz massiv in Bildungspolitik zu investieren. Sie hat seit 2005 - auf das ganze Land bezogen - insgesamt 14.445 Lehrerstellen mehr zur Verfügung gestellt. Davon werden bis zum Schuljahr 2009/2010 einschließlich 6.915 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall, für individuelle Förderung sowie für den Ausbau von Ganztagschulen geschaffen sein.

Der Schulhaushalt 2009 ist mit 13,3 Milliarden Euro ausgestattet. Das ist mehr als ein Viertel des gesamten Landeshaushalts. Damit ist er der größte Schulhaushalt, den es jemals in Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Im Vergleich zum Jahr 2005 steigt der Schulhaushalt 2009 um 1,4 Milliarden Euro - das ist ein Anstieg um 12 Prozent. Pro Schüler geben wir heute rund 700 Euro mehr aus als noch 2005.

Die Landesregierung steht für eine Kultur der Anerkennung von Leistung. Dieser Leistungsgedanke gilt natürlich auch für die nordrhein-westfälischen Schulen. Wichtig sind vergleichbare Rückmeldungen über die Leistungen in allen Schulformen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf Ihre Kritik zu sprechen kommen, es gäbe keine abgestimmten Bildungskonzepte in Nordrhein-Westfalen, die Lehrerinnen und Lehrer würden vielmehr nur das unterrichten, was sie persönlich für richtig hielten.

Frau Ministerin Sommer betont immer wieder die Bedeutung von zentralen Prüfungen und Leistungskontrollen auf der Grundlage von bundesweit vereinbarten, einheitlichen Standards.

Um hier noch einmal auf die Kultusministerkonferenz zurückzukommen: Im Dezember 2004 wurde das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) als so genanntes An-Institut an der Humboldt-Universität in Berlin gegründet, es ist zuständig für die Lehr- und Lernforschung sowie die Normierung der Bildungsstandards.

Seit Dezember 2003 gibt es die ersten sog. Bildungsstandards. Sie liegen mittlerweile vor für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch oder Französisch als erste Fremdsprache, Biologie, Chemie und Physik für den Mittleren Schulabschluss nach Jahrgangsstufe 10, für die Fächer Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache für den Hauptschulabschluss, ferner für die Fächer Deutsch und Mathematik der Grundschule.

Wie in den anderen Bundesländern, gibt es auch in Nordrhein-Westfalen mittlerweile zentrale Lernstandserhebungen und das Zentralabitur. Diese zentralen Prüfungen in den Klassen 3, 8 und 10 tragen zu Vergleichbarkeit und Transparenz bei. Sie zeigen, ob Schulen Unterstützung brauchen und in welchen Fächern sie gebraucht wird. Den Lehrerinnen und Lehrern geben die Ergebnisse einen Anhaltspunkt, welchen Leistungsstand eine Klasse im Vergleich zu anderen erreicht hat und welcher Förderbedarf in den Klassen besteht. Auch die Eltern erhalten eine Rückmeldung darüber, welchen Lernstand das eigene Kind erreicht hat.

Die Aufgaben orientieren sich an den Standards der Lehrpläne und werden im Vorfeld systematisch erprobt. Damit ist gewährleistet, dass die Vergleichsarbeiten dem Leistungsstand der Kinder entsprechen und von ihnen gelöst werden können. Die Ergebnisse der Lernstandserhebungen werden am Halbjahresende dann Teil der Zeugnisnote: Neben den Klassenarbeiten und sonstigen Leistungen im Unterricht während des Schuljahres fließen sie in die Zeugnisnote mit ein. Die Zentralen Prüfungen helfen auch dabei, die finanziellen Mittel an der richtigen Stelle und im richtigen Maß einzusetzen, um verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen.

Anfang dieses Jahres zeichnete- Frau Ministerin Sommer die Schulen aus, die bei den Lernstandserhebungen im Frühjahr 2008 besonders gut abgeschnitten haben. Zu den insgesamt 184 Schulen mit entsprechenden Auszeichnungen gehören auch 33 erfolgreiche Gymnasien.



Im Frühjahr dieses Jahres wurden in Nordrhein-Westfalen zum dritten Mal zentrale Abiturprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse der beiden ersten zentralen Abiturprüfungen in Nordrhein-Westfalen von 2007 und 2008 sind, was die Leistung der Schülerinnen und Schüler angeht, zur vollsten Zufriedenheit von Frau Ministerin Sommer ausgefallen. Der Notendurchschnitt der vorher üblichen dezentralen Prüfungen wurde auch im zentralen Verfahren erreicht. Im zweiten Jahr konnte das Ergebnis sogar noch gesteigert werden:

Im Gegensatz zu früher werden jetzt für alle Kurse in den Abiturprüfungen die gleichen Aufgaben gestellt. Das erfordert eine gemeinsame Abstimmung über die Vorbereitung. Dabei verständigen sich die Lehrerinnen und Lehrer vor den Prüfungen über die Standards, die erreicht werden sollen. Aber auch nach den Prüfungsterminen werden bei Korrektur und Zweitkorrektur fachliche Gespräche geführt.

Die Einführung des Zentralabiturs hat sich in vielerlei Hinsicht gelohnt. Die ersten Auswertungen haben deutlich gemacht, dass keine grundsätzliche Nachsteuerung im konzeptionellen Bereich erforderlich ist. Damit ist für die Schulen Planungssicherheit und Vertrauensschutz für die nächsten Jahrgänge gegeben. Für die Abiturjahrgänge 2009 und 2010 wurde eine Unabhängige Kommission zur Qualitätssicherung von zentralen Prüfungen beim Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund eingerichtet.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der für Frau Ministerin Sommer ebenfalls von großer Bedeutung ist:

Sie betont immer wieder, wie wichtig es ist, dass sich alle Personen, die mit der Erziehung und Ausbildung junger Menschen zu tun haben, ihrer gemeinsamen Verantwortung stellen, den langjährigen Erziehungs- und Lernprozess von Kindern und Jugendlichen konstruktiv zu begleiten.

Hierbei geht es nicht nur um konkret verwertbare und überprüfbare Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten; die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und - damit verbunden - die Vermittlung von Wertebewusstsein und so genannter Schlüsselqualifikationen sind selbstverständlich gleichermaßen bedeutsam.

Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Schulverwaltung, Politik und andere "Miterzieher" müssen gemeinsam dazu beitragen, dass sich junge Menschen in einer Welt ständigen Wandels gemeinschaftsverträglich zurecht finden und ihr Leben später selbstverantwortlich in die Hand nehmen können. Solche Zusammenhänge sind einer breiten Öffentlichkeit ja nicht zuletzt angesichts des schrecklichen Geschehens in Winnenden erneut bewusst geworden. Lehrende und Lernende brauchen den Rückhalt und die Unterstützung der ganzen Gesellschaft.

Ein Beispiel für die von Ihnen erwähnte freiwillige Patenschaftsarbeit sind auch die sogenannten Seniorexperten. Durch sie sollen Schulen vom Wissen und Engagement älterer Menschen profitieren. Dazu hat das Schulministerium in Kooperation mit dem Senior Experten Service Bonn (SES) und der Stiftung Partner für Schule NRW das Projekt "Senior Experten für alle Schulen" ins Leben gerufen. Die Stiftung Partner für Schule NRW arbeitet mit Senioren, die speziell Schulleitungen in Managementfragen beraten.

Ehrenamtliches Engagement von Schülerinnen und Schülern kann übrigens seit Wiedereinführung der Noten für das Arbeits- und Sozialverhalten durch Frau Ministerin Sommer, den sogenannten Kopfnoten, auf dem Zeugnis positiv vermerkt und damit entsprechend gewürdigt werden.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat den generellen Anspruch, mit ihren programmatischen Zielsetzungen auf eine umfassende Modernisierung und Leistungssteigerung des Schulwesens hinzuwirken - im Interesse der Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft insgesamt.

In ihren Zielvorstellungen zu den eingeleiteten schulreformerischen Maßnahmen fühlt sich Frau Ministerin Sommer durch die Studie „Politik-Check Schule“, die das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bereits am 27. Mai 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, bestätigt.

Danach kann sich die Landesregierung mit ihrer Schulpolitik im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gut sehen lassen. Wenn Sie sich hierzu ein Bild über Einzelheiten machen wollen, empfehle ich die entsprechende Presseinformation vom 27. Mai 2008, die Sie im Internet finden unter [http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Meldungen/PM\\_2008/pm\\_27\\_05\\_2008.pdf](http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Meldungen/PM_2008/pm_27_05_2008.pdf).

Ich würde mich freuen, wenn ich mit diesen Hinweisen zu einem besseren Verständnis des Gesamtzusammenhangs beitragen konnte und wünsche Ihnen und Ihren Kindern für die Zukunft - auch im Namen von Frau Ministerin Sommer - alles Gute.

Mit freundlichen  
Grüßen Im Auftrag



Harpering

Andreas Koch  
Drosselstr. 5  
45665 Recklinghausen

Ministerium für Schule und Weiterbildung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Holger Harpering  
40190 Düsseldorf

Recklinghausen, 28.06.2009

**Ihr Schreiben vom 17.06.2009 - AZ:133.5.03.03.02-76448/09**

Sehr geehrter Herr Harpering,

für Ihre ausführliche Antwort auf mein Schreiben vom 06.03.2009 an Frau Ministerin Sommer möchte ich mich bei Ihnen ausdrücklich bedanken. Ich bin sehr erfreut darüber, dass Sie sich so viel Zeit zur Beantwortung genommen haben.

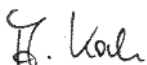
Insbesondere von den Vorteilen des Wettbewerbes im Bildungswesen haben Sie mich überzeugen können. Aufgrund der auch in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Maßnahmen der letzten Jahre ist zu vermuten, dass viele Vorteile des zentralistischen Bildungssystems der ehemaligen DDR in das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland und der Länder eingeflossen sind. Die Kultusministerkonferenz (KMK) und die alten Bundesländer haben hier sicher insbesondere von den guten Erfahrungen der neuen Bundesländer profitieren können und das Schulwesen auf einen guten Weg gebracht. Auch das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) dürfte auf den positiven Erfahrungen der ehemaligen DDR aufbauen, jedoch alles Negative an diesem System zurücklassen.

Viele der in meinem Schreiben angesprochenen negativen Erfahrungen bezüglich der Schulbildung unserer beiden nun schon erwachsenen Kinder sowie meine allgemeinen Bedenken haben sich mit Ihrem Antwortschreiben zerstreut.

Ich bin nunmehr positiv gestimmt, was die Zukunft nachfolgender Generationen betrifft, obwohl es aufgrund sozialer Unterschiede nach wie vor eine erhebliche Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem gibt. Auch wenn versucht wird, diese durch eine frühkindliche Förderung und eine verbesserte Schulbildung auszugleichen, versperren spätestens die Studiengebühren vielen jungen Menschen das Tor zur freien Entfaltung ihrer Fähigkeiten und ihrer Persönlichkeit.

Ich wünsche Frau Ministerin Sommer und Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Tätigkeit. Sie sind m. E. bis auf die Studiengebühren auf dem richtigen Weg.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Koch